



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Vernehmlassung Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und indirekter Gegenvorschlag
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Präsident, Tel. +41 79 358 14 85 Thomas Weibel, Nationalrat, Tel +41 78 602 13 57
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	31. Mai 2013

Grünliberale lehnen Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und Gegenvorschlag des Bundesrates ab

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ ab. Die Überführung des freiheitlichen Systems in eine staatlich geführte Gesundheitskasse würde nicht zu tieferen Gesundheitskosten beitragen. Im Gegenteil würden der Wegfall von Wahlfreiheit und Wettbewerb die Kosten weiter nach oben treiben und die Dienstleistungsqualität senken. Auch beim Gegenvorschlag des Bundesrates überwiegen für die Grünliberalen klar die Nachteile, deshalb empfehlen die Grünliberalen die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Für eine unabhängige Vorlage zur Optimierung des heutigen Systems sind die Grünliberalen aber offen.

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ ab. Die Überführung des freiheitlichen Systems in eine staatlich geführte Gesundheitskasse würde nicht zu tieferen Gesundheitskosten beitragen. Bei einem System der kantonalen Einheitskassen, wie es die Initiative verlangt, droht jeglicher Anreiz für tiefere Gesundheitskosten verloren zu gehen, da die Kantone als Spitalbesitzer und damit Leistungsanbieter in einen veritablen Interessenkonflikt gerieten. Auch die Dienstleistungsqualität würde sinken, da unzufriedene Versicherte keine Möglichkeit mehr hätten, den Anbieter zu wechseln.

Hauptursache für das Wachstum der Gesundheitsausgaben sind aber sowieso nicht die Verwaltungskosten der Krankenversicherer, welche gerade einmal 5 Prozent der Ausgaben ausmachen, sondern die wachsenden Behandlungs- und Medikamentenkosten. Die Grünliberalen verlangen, dass statt einem Scheingefecht über die Verwaltungskosten endlich eine Diskussion über die stetig wachsenden Leistungskosten geführt wird.

Grünliberale lehnen auch den Gegenvorschlag des Bundesrates ab

Die Grünliberalen können auch dem Gegenvorschlag des Bundesrates in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Die vorgeschlagenen Rückversicherungslimiten sind zu tief angesetzt, was den Druck auf kostensparende Behandlungen vermindern würde. Problematisch ist für die Grünliberalen auch das Obligatorium bei der Rückversicherung. Die Frage über die Notwendigkeit einer Rückversicherung sollte auch künftig den Krankenkassen überlassen werden. Schliesslich ist auch die vorgeschlagene obligatorische Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung nicht sinnvoll. Bei vielen Krankheitsfällen, welche gleichzeitig bei der Grund- und bei der Zusatzversicherung Leistungen auslösen, ist eine funktionierende Kommunikation zwischen Grund- und Zusatzversicherer unabdingbar. Ein Zwang zur Trennung wirkt hier kontraproduktiv.

Unbestritten ist für die Grünliberalen aber die Notwendigkeit einer weiteren Verfeinerung des Risikoausgleichs. Statt einem Gegenvorschlag sind die Grünliberalen deshalb offen für eine unabhängige Vorlage zur Optimierung des heutigen Systems. Die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ empfehlen die Grünliberalen hingegen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Link auf die ausführliche Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen:

http://www.grunliberale.ch/doku/vernehmlassungen/130531_Vernehmlassung_OeffentlicheKrankenkasse.pdf